

BERNER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
**Fokus
 Bundesrats-
 ersatzwahlen
 und
 Abstimmungen**

**Bundesratsersatzwahlen
 Drei kompetente Kandidaturen**

FDP.Die Liberalen ist stolz auf die drei durch die Kantonalparteien eingereichten Kandidaturen: Regierungsrat Christian Amsler, Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter sowie Ständerat Hans Wicki steigen für Schaffhausen, St. Gallen und Nidwalden ins Rennen um die Bundesratsersatzwahl. An mehreren Roadshows in der ganzen Schweiz werden sie sich präsentieren.

Seiten 4 bis 8
10 Jahre FDP.Die Liberalen

Vor zehn Jahren fusionierten die Freisinnig-Demokratische Partei und die Liberale Partei der Schweiz. Fulvio Pelli, der erste Parteipräsident nach der Fusion, blickt zurück auf eine Erfolgsgeschichte und nach vorne auf die Zukunft.

Seite 15
Nein zur SBI

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Wie Ständerat Philipp Müller ausführt, kommt es dadurch aber nicht zur Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

Seite 21
**Zweimal Ja
 im Kanton Bern**
Kantonale Abstimmung vom 25. November 2018

Im März 2018 hat der Grosse Rat beschlossen, die maximale Gewinnsteuerbelastung für juristische Personen von heute 21,64 Prozent gestaffelt über die Jahre 2019 und 2020 auf 18,71 Prozent zu senken. Weitere Schritte im Bereich der kantonalen Unternehmensbesteuerung sollen dann im Rahmen der Umsetzung der Bundesvorlage STAF mit einer erneuten Steuergesetzrevision 2021 folgen. Anlass für die Revision ist der heute bestehende Standortnachteil, indem der Kanton Bern punkto Steuerbelastung der juristischen Personen im interkantonalen Vergleich den unrühmlichen Rang 23 belegt.

Ein Bündnis von SP, Grünen und Gewerkschaften hat gegen die Gesetzesrevision das Referendum ergriffen mit der Behauptung, der Kanton könne sich (trotz stets steigenden Steuereinnahmen) keine «Steuergeschenke» leisten, und es profitierten nur Grossbetriebe (was nicht stimmt).

Den Anschluss nicht verlieren

Im Kanton werden heute Unternehmen übermässig besteuert (max. Gewinnsteuersätze siehe Grafik). Wenn der Kanton im Wettbewerb um Unternehmen konkurrenzfähig bleiben will, muss er die maximale Gewinnsteuerbelastung senken. Mit der vorliegenden Steuergesetz-Revision würde eine Annäherung an den gesamtschweizerischen Durchschnitt


Adrian Haas

von 17,8 Prozent erreicht. Unternehmungen im Kanton Bern würden in zwei Etappen entlastet: Auf Anfang 2019 sänke die Steuerbelastung von heute 21,6 auf 20,2 Prozent und ein Jahr später auf 18,7 Prozent. Das ist der Hauptinhalt der Revisions-Vorlage. Daneben werden diverse Vereinfachungen vorgenommen, sei es in der Deklaration oder in der

Fortsetzung auf Seite 9

Inhalt

- 3 Wahlen 2019
- 4 Danke Hannes!
- 5 Der Weg zur Bundesratsersatzwahl
- 6 Porträt Christian Amsler
- 7 Porträt Karin Keller-Sutter
- 8 Porträt Hans Wicki
- 9 Berner Freisinn
- 13 FDP International
- 14 FDP Urban
- 15 10 Jahre FDP.Die Liberalen
- 17 DV in Pratteln
- 18 Interview
19 mit Kacem el Ghazzali
- 20 Ja zum ATSG
- 21 Nein zur
«Selbstbestimmungs»-Initiative
- 22 Mentoring-Beitrag zur Vision
- 23 Parolenspiegel und Agenda

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Kantonaleil:
Redaktion Berner Freisinn
Neuengasse 20 | 3011 Bern
T: 031 320 36 36 | F: 031 320 36 30
E: info@fdp-be.ch | www.fdp-be.ch

Layout:
LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:
NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Zukunft als Chance

Packen wir sie gemeinsam

Liebe Freisinnige

Die Schweiz, unsere Heimat, ist heute ein Erfolgsmodell. FDP.Die Liberalen will dieses Erfolgsmodell sichern und in die Zukunft tragen. Wie wir dies tun wollen, haben wir in unserer Zukunftsvision mit sieben Zielen festgehalten. Mit unserer Vision – auf welche Amélie Evard aus unserem Mentoring-Programm auf Seite 22 im Detail eingeht – zeigen wir klar auf, dass wir die einzige Partei sind, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land hat und nicht auf Angst setzt. Wir wollen als Schweiz weiterkommen.

Nein zur SBI

Die Selbstbestimmungs-Initiative, über die wir am 25. November abstimmen, ist ein gutes Beispiel hierfür. Die Initiative will, dass die Bundesverfassung einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhält. Was in der Theorie einfach klingen mag, führt in der Praxis zu massiver Rechtsunsicherheit. Für die FDP ist klar: Unser Wohlstand, die Stabilität und Rechtssicherheit dürfen nicht ohne Not gefährdet werden. Damit die Schweiz ein Erfolgsmodell bleibt, muss sie ein verlässlicher Partner bleiben. Darum: Nein zum Frontalangriff auf unsere Rechtssicherheit, nein zur Selbstbestimmungs-Initiative! Weitere Informationen zur Selbstbestimmungs-Initiative finden Sie in diesem Freisinn.

Danke Hannes!

Ein Vorzeige-Vorkämpfer für das Erfolgsmodell Schweiz ist unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann. In seinen acht Jahren als Bundesrat hat er einen grossen Leistungsausweis erbracht und viel für unser Land erreicht. Ich danke ihm von ganzem Herzen für sein unermüdliches Engagement! Für uns als Partei heisst sein Rücktritt aber natürlich auch, dass wir seine Nachfolge regeln müssen. Die FDP-Liberale Fraktion wird an ihrer Sitzung vom 16. November entscheiden, wer auf das Ticket für die Nachfolge kommen wird. An der Roadshow in Liestal haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten bereits der Bevölkerung präsentiert. Wenn auch Sie sich ein persönliches Bild der Anwärterinnen und Anwärter machen möchten, dann kommen Sie am 12. November an den Roadshows in Winterthur oder am 14. November in Yverdon vorbei und lernen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten kennen.

Ihre Petra Gössi

Topfit in den Wahlkampf

Wahlkampf-Trainingscamp

Die FDP Schweiz veranstaltet vom 1. bis 3. Februar 2019 in Olten ein Trainingscamp für alle Wahlkämpfer. Angesprochen sind alle, die sich im Wahlkampf engagieren möchten, sei dies als Kandidatin, Wahlkampfleiter, Wahlhelferin oder Aktivist.

Wir werden verschiedene Workshops von Kommunikation und Rhetorik, über Social Media, Haustürwahlkampf oder Wahlkampfstrategie bis zu Foto- und Videobearbeitung anbieten. Nicht zu kurz soll auch das Gesellige kommen.

Am Freitagabend erwarten wir einen hochkarätigen Redner, der seine Erfahrungen im Wahlkampf mit uns teilen wird. Am Samstagabend werden wir

Programm

Freitag, 1. Februar

13.30 Uhr: Einführung, anschl. Workshops bis 18 Uhr
ca. 20 Uhr: Key-Note-Speaker

Samstag, 2. Februar

Ca. 8–12 Uhr: Workshops
Mittagessen
Ca. 13.30–17.30 Uhr: Workshops
Ca. 19 Uhr: Galadinner zum 125. offiziellen Gründungsjubiläum der FDP

Sonntag, 3. Februar

Ca. 8–12 Uhr: Workshops anschl. Schlussplenum

Teilnahme begrenzt, ca. 300 Plätze verfügbar



Werden Sie Teil des FDP-Wahlkampfteams und engagieren Sie sich an vorderster Front!

das 125. offizielle Gründungsjubiläum der FDP am Gründungsort, dem Bahnhofbuffet Olten, mit einem Galadinner begehen.

Wir wollen inspiriert und begeistert ins Wahljahr 2019 starten, das ist exakt der richtige Anlass hierfür. Tragen Sie sich diesen Termin sofort in Ihre Agenda ein! Es ist möglich, auch nur an Teilen der Veranstaltung teilzunehmen. Weitere Informationen folgen bald per Mail und auf unserer Webseite.

Tragen Sie das liberale Feuer weiter

Die SP überholen – Helfen Sie mit

Die Schweiz ist unsere Heimat. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Mit unserer liberalen Vision für eine zukunftsorientierte Schweiz wollen wir dieses Ziel erreichen. Werden Sie Teil davon, und kämpfen Sie gemeinsam mit der FDP an vorderster Front bei den Wahlen 2019.

Mit Ihrer Hilfe und Ihrem Engagement machen wir den Unterschied und können die SP an den Wahlen 2019 überholen – es fehlen nur noch 0,9 Prozent.

So geht's: Scannen Sie den QR-Code oder gehen Sie auf die Website www.fdp-kampagne.ch/sp-ueberholen. Wählen Sie Ihre Mitmachmöglich-

keiten aus und tragen Sie sich ein. Wir nehmen Kontakt mit Ihnen auf und halten Sie mit unserem Newsletter auf dem Laufenden. Teilen Sie Ihre Bekennnis zur FDP auch mit Familie und Freunden. Werden Sie Teil unseres freisinnigen Wahlkampf-Teams und tragen Sie das liberale Feuer weiter!





Eine glänzende Bilanz

Danke, Hannes!

Johann Schneider-Ammann hat die Schweiz durch turbulente Zeiten geführt. Statt Profilierung zu betreiben, setzte er sich stets für Wohlstand, Jobs und die Menschen in der Schweiz ein – und das wird er noch bis Ende Jahr mit dem gewohnten Herzblut tun. Seine Erfolgsbilanz spricht für sich.

• **Mister Freihandel:** Seit seinem Amtsbeginn sind FHA mit 20 Partnern in Kraft getreten, darunter China, Kolumbien, Philippinen, Ukraine sowie mit Indonesien. Das entspricht der Hälfte aller Partner, mit denen die Schweiz derzeit ein FHA hat. Aktuell laufen Verhandlungen u. a. mit Mercosur, Malaysia, Vietnam und Indien. Zudem hat er vor kurzem exploratorische Gespräche mit den USA aufgenommen.

• **Digitalisierungsminister:** Frühzeitiger Vorkämpfer für die Digitalisierung in der Schweiz, u. a. mit dem Aktionsplan Digitalisierung für Bildung, Forschung und Innovation (mit 216 Millionen); Gründung Beirat Digitale Transformation WBF und UVEK; wirtschaftspolitische Weichenstellungen mit dem entsprechenden SECO-Bericht; brachte die Blockchain-Thematik auf das politische Parkett

• **Liberaler Chrapfer für Jobs:** Unermüdlicher Einsatz für liberale Rahmenbedingungen in einem schwierigen Umfeld, inkl. zwei Frankenstärke-Krisen; Lancierung als Schirmherr der privaten Swiss Entrepreneurs Foundation mit 500-Millionen-Franken-Fonds für Start-ups; zwei Massnah-

menpläne zur administrativen Entlastung grösstenteils umgesetzt; Vereinfachungen bei der Arbeitszeiterfassung; mit seinem Engagement damit beigetragen zur hervorragenden Situation der Schweiz: tiefe Arbeitslosigkeit, hohe Beschäftigung, hohe Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Förderung inländischer Fachkräfte z. B. mit Masterplan Pflegeberufe.

• **Patron der Berufsbildung:** Überzeugter Promoter der Berufslehre im In- und Ausland; trotz Akademisierungstendenzen die Quote von zwei

Drittel aller Jugendlichen in der Berufslehre gehalten; SwissSkills ins Leben gerufen; Werbung für die Berufslehre auch im Ausland (z. B. Zusammenarbeit mit den USA); Stärkung höhere Berufsbildung.

• **Bildungs-, Forschungs- und Innovationsminister mit Durchschlagskraft:** Vollassoziierung Horizon2020 gesichert; Zusammenführung aller Bildungsthemen auf Bundesebene ins neue SBFI; Weiterbildung Geringqualifizierte gestärkt; Realisierung des Projekts «Innovationspark Schweiz»; Gründung Innosuisse (Nachfolgeorganisation KTI); Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz geschaffen.

• **Fürsprecher für die gelebte Sozialpartnerschaft:** Verfechter des Dialogs zwischen Arbeitge-



Beste Bildungsmöglichkeiten für die zukünftigen Generationen liegen Johann Schneider-Ammann besonders am Herzen.

ber und Arbeitnehmer und damit Grundlage für Arbeitsfrieden als bedeutender Standortvorteil; GAV statt starre Gesetze; Bekämpfer von mehr Regulierung im Arbeitsmarkt (z. B. 1:12-Initiative, Ausbau Kündigungsschutz).

• **Sieger in Volksabstimmungen:** 8 von 9 Abstimmungen gewonnen, u. a. Mindestlohn, 1:12, Liberalisierung Tankstellen, Stipendien, Nahrungsmittelspekulation, Ernährungssicherheit und -souveränität.

• **Reformator der Landwirtschaft:** Mit AP14–17 erfolgreiche Weichenstellung für stärkere Ausrichtung auf Markt und Verfassung; bot als erster Landwirtschaftsminister seit Jahren den Bauern die Stirn und bleibt auf Öffnungskurs.

«Hannes Schneider-Ammann hat sehr viel für den Fortschritt unseres Landes gemacht und die Grundwerte der FDP hervorragend vertreten. Lieber Hannes – vielen, vielen Dank für Deinen grossen Einsatz für unsere Schweiz!» Petra Güssi

Kompetenz, Konkordanz, Kollegialität

Der Weg zur Bundesratsersatzwahl

Die FDP verfügt über hervorragend qualifizierte Personen auf allen politischen Ebenen. Wie aber wird entschieden, wer im Bundesrat an die Stelle von Johann Schneider-Ammann treten wird? Was Sie über den Weg hin zur neuen Bundesrätin oder zum neuen Bundesrat wissen müssen.

Die geeignete Person ist glaubwürdig, medial gewandt und in der Bevölkerung verankert. Sie ist zudem durchsetzungsfähig und legt trotzdem Wert auf eine konsensorientierte Politik: Für die Suche nach der idealen Nachfolge von Bundesrat Schneider-Ammann hat die FDP ein klares Anforderungsprofil definiert. Die Kantone und die der FDP nahestehenden Organisationen waren eingeladen, Kandidierende mit einwandfreiem Leumund und umfassendem Leistungsausweis vorzuschlagen, welche ihr Engagement für die FDP seit Jahren unter Beweis stellen.

Im Mittelpunkt des gesamten Nominationsprozesses stehen immer die bewährten drei «K»: Kompetenz, Konkordanz und Kollegialität. Sie sind die zentralen Voraussetzungen für eine Wahl. Nachdem die Kantone ihre Kandidatinnen und Kandidaten nun definiert haben, werden Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki von der eingesetzten Prüfungskommission in Augenschein genommen. Sie überprüft die Kandidierenden und stellt einen einwandfreien Leumund im politischen, beruflichen und privaten Leben sicher.

Kommen Sie vorbei!

Die potenziellen Nachfolger von Bundesrat Schneider-Ammann werden aber nicht nur hinter verschlossenen Türen geprüft: Die Kandidierenden können sich auch an verschiedenen Roadshows der Öffentlichkeit präsentieren (Termine siehe unten). Für Interessierte ist das die ideale Gelegenheit, sich selber ein Bild zu machen, ihnen Fragen zu stellen.

Die Fraktion wird schliesslich am 16. November die Nomination des «Tickets» vornehmen: Die dort getroffene Auswahl stellt sich zuerst den Hearings der verschiedenen Fraktionen und schliesslich der Wahl am 5. Dezember.

Zeitplan

12. und 14. November
Roadshows

Vorsessionale Fraktionssitzung: Anhörung der Kandidierenden und Definieren des Tickets

27. November und 4. Dezember
Hearings bei den anderen Fraktionen

5. Dezember
Bundesratsersatzwahl

12. Januar
Delegiertenversammlung; Verabschiedung BR Johann Schneider-Ammann

FDP
Die Liberalen

Lernen Sie unsere Bundesrats-Kandidaten kennen.
Gemeinsam weiterkommen.

www.fdp.ch
Twitter Facebook Instagram LinkedIn

12. Nov. 19:30 Uhr
Kongresshaus
Liebestrasse,
Winterthur

14. Nov. 18:30 Uhr
salle Aula Magna
du Château,
Yverdon

Christian Amsler

Karin Keller-Sutter

Hans Wicki



Engagierte Exekutivarbeit

Bundesratskandidat Christian Amsler

Es ist eine seltene Chance für Schaffhausen: Mit Regierungspräsident Christian Amsler könnte der Kanton ganz im Norden der Schweiz erstmals einen Bundesrat stellen. Mit Amsler wurde von der FDP Schaffhausen denn auch ein sehr versierter, vielseitiger und erfahrener Exekutivpolitiker zum Bundesratskandidat nominiert.

Die FDP des Kantons Schaffhausen freut sich sehr, mit dem Schaffhauser Regierungspräsidenten Christian Amsler offiziell in die Bundesratswahlen einsteigen zu dürfen. Es ist für den Kanton ennet dem Rhein eine historische Chance: Schaffhausen konnte noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft einen Bundesrat stellen!

Mit dem 54-jährigen FDP-Regierungsrat Christian Amsler verfügen die Schaffhauser Freisinnigen über einen versierten, vielseitigen und erfahrenen Exekutivpolitiker. Seit 2010 ist Christian Amsler Mitglied der Schaffhauser Regierung und steht dem Bildungsdepartement mit den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Kirchenwesen, Familie und Jugend, sowie Aussenbeziehungen vor.

Ausgezeichnetes Netzwerk

Neun Jahre lang war er Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde Stetten und acht Jahre Kantonsrat, Fraktionspräsident der FDP-JF-CVP-Fraktion und vor seiner Wahl in die Regierung auf der Präsidentenlaufbahn als 2. Vizepräsident des Schaffhauser Kantonsrates. 2018 präsidiert er nach 2014 zum zweiten Mal die Schaffhauser Regierung. Regie-

rungsrat Christian Amsler verfügt über ein ausgezeichnetes nationales Netzwerk, war er doch unter anderem vier Jahre Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren der Deutschschweiz, aktuell Schaffhauser Vertreter in der Konferenz der Kantone KdK und Vorstandsmitglied der ch-Stiftung.

Christian Amsler war vor seinem Eintritt in die Schaffhauser Kantonsregierung Prorektor der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen. Der ausgebildete Lehrer und Schulleiter ist verheiratet mit Liliane Amsler-Baltiswiler und Vater von drei erwachsenen Kindern. Im Militär bekleidete er den Rang eines Obersten und war Mitglied im Zentralvorstand der SOG und Präsident der KOG Schaffhausen.

Zeitfenster stimmt

Der vielfältige Erfahrungsschatz macht Christian Amsler zu einem glaubwürdigen Kandidaten für den Bundesrat – Schaffhausen muss sich nicht verstecken. Auch das Zeitfenster stimmt: Die drei Kinder sind erwachsen und stehen gestärkt im Leben, und mit Freude steht ihr Vater im neunten Jahr als Schaffhauser Regierungsrat. Der Entscheid zur Kandidatur war denn auch wohlüberlegt.

Steckbrief

Bürger von Schaffhausen SH und Schinznach Dorf AG, Wohnhaft in Stetten SH
Verheiratet mit Liliane Amsler-Baltiswiler, Lehrerin, Familienfrau; Vater von drei erwachsenen Kindern: Tochter Selina 1992 (Jungfreisinnige), Sohn Florian 1993, Sohn Ueli 1995

Beruf vor der Wahl in Regierungsrat

Prorektor Weiterbildung und Dienstleistungen
Pädagogische Hochschule Schaffhausen PHS

Politik

- 1987–1993: Präsident der Liberalen Vereinigung Stetten
- 2000–2009: Gemeindepräsident von Stetten SH; Mitglied Kantonalvorstand, Vizepräsident FDP Kanton SH
- 2003–2010: Kantonsrat, Fraktionspräsident, 2. Vizepräsident
- Seit 2010: Regierungsrat, Vorsteher des Erziehungsdepartementes mit Bildung, Kultur, Sport, Aussenbeziehungen, Familien- und Jugendpolitik und Kirchen
- 2013–2016: Präsident Deutschschweizer Konferenz der Erziehungsdirektoren und Aufsichtsrat der Interkantonalen Lehrmittelzentrale; Präsident der Internationalen Bodenseekonferenz (2018), der Hochrheinkommission (2017 und 2018) und des Vereins Agglomeration Schaffhausen VAS
- 2014/2018: Regierungspräsident

Militär

- Oberst ausser Dienst (aD)
- 1993–1997: Mitglied im Zentralvorstand der Schweiz. Offiziersgesellschaft
- 1993–1998: Präsident der Kantonalen Offiziersgesellschaft Schaffhausen

Ein Brückenbauer

Christian Amsler steht für eine FDP des Brückenbauens, der gesellschaftlichen Fragen, der Kinder und Jugendlichen, der Familie, der Bildung, der Umweltfragen. Ihm ist es ein wichtiges Anliegen, zu zeigen, dass die FDP viel mehr umfasst als nur Fragen der Finanzen, der Steuern und der Wirtschaft, wie der FDP immer wieder vorgeworfen wird. Der Vollblutpolitiker leistet Tag für Tag mit Herz engagierte Exekutivarbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger.

Marcel Sonderegger

Präsident FDP.Die Liberalen Schaffhausen



«Mich in den Dienst des Landes stellen»

Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter

Karin Keller-Sutter wurde von ihrer Kantonalpartei einstimmig als Bundesratskandidatin nominiert. Die 54-jährige Ständeratspräsidentin bringt die nötige Kompetenz und Erfahrung für das höchste Amt mit. Ihr klarer innerer Kompass ist ein Garant für eine freisinnig-liberale Politik zu Gunsten des ganzen Landes.

Am 20. Oktober nominierten über 300 St.Galler Freisinnige Karin Keller-Sutter als Bundesratskandidatin zu Händen der FDP.Die Liberalen Schweiz. In seiner Rede unterstrich der St.Galler Kantonalpräsident Raphael Frei Folgendes: «Bei Karin Keller-Sutter geht es nicht primär darum, dass sie aus der Ostschweiz stammt. Es geht auch nicht darum, dass sie eine Frau ist. Es geht alleine darum, dass sie überaus kompetent, erfahren, dossierfest, vernetzt und lösungsorientiert ist.»

Eindrücklicher Werdegang

Keller-Sutter wurde am 22. Dezember 1963 geboren und wuchs in einer Gewerbefamilie auf. Sie durchlief einen reichhaltigen Bildungsweg mit Studien in Zürich, London und Montréal und war bis zu ihrer Wahl in die St.Galler Regierung im Jahr 2000 als selbstständige Übersetzerin, Konferenzdolmetscherin und Lehrbeauftragte tätig. Heute führt sie verschiedene Mandate in der Privatwirtschaft aus. Unter anderem ist sie Verwaltungsrätin der börsenkotierten Baloise Group. 1992 wurde sie in den Gemeinderat der Stadt Wil und 1996 in den

Kantonsrat gewählt. In ihrer späteren Funktion als Regierungsrätin war sie insgesamt zwei Mal Regierungspräsidentin. 2011 wurde sie in den Ständerat gewählt, den sie 2017/2018 auch präsidiert.

Gut vernetzt in der Wirtschaft

«Keller-Sutter bringt neben ihrem politischen Rucksack auch eine langjährige Erfahrung aus der Wirtschaft mit. Dies ist angesichts der aktuellen Ausgangslage umso relevanter. Denn nach dem Rücktritt von Bundesrat Schneider-Ammann fehlt die Sicht der Wirtschaft im Bundesrat grösstenteils», sagte Nationalrat Marcel Dobler und hielt weiter fest: «Nie hat sie aber den Blick für das Gesamte verloren, weshalb sie im Parlament in vielen wichtigen Dossiers zu mehrheitsfähigen Kompromissen beigetragen hat.»

«Freiheit vor Gleichheit»

Karin Keller-Sutter hat einen starken liberalen Kompass. Ihre politischen Grundüberzeugungen zur Beurteilung politischer Fragen fasst sie jeweils wie folgt zusammen: «Privat vor Staat», «Erwirt-

Steckbrief

Geboren am 22. Dezember 1963
Verheiratet, wohnhaft in Wil SG

Ausbildung und Beruf

1970–1982: Schulen in Wil und Neuchâtel
1982–1983: Studienaufenthalt in London
1984–1989: Studium als dipl. Übersetzerin und dipl. Konferenzdolmetscherin, Zürich
1986–1987: Ein Semester Politikwissenschaft an der Université de Montréal, Kanada
1994–1996: Nachdiplomstudium in Pädagogik, Universität Fribourg
1989–2000: selbständige dipl. Übersetzerin/dipl. Konferenzdolmetscherin sowie Lehrbeauftragte an den Berufsschulen St. Gallen

Politische Stationen

1992–2000: Gemeinderätin Wil
1997: Präsidentin Stadtparlament Wil
1995–2000: Vorstand kantonalen Gewerbeverband St. Gallen
1996–2000: Kantonsrätin
1997–2000: Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen
2000–2012: Regierungsrätin des Kantons St. Gallen (Sicherheits- und Justizdepartement), stellvertretende Finanzdirektorin
2006/2007: Regierungspräsidentin
2011/2012: des Kantons St. Gallen
2010–2012: Vertreterin St. Gallens in der Konferenz der Kantonsregierungen
2010–2012: Präsidentin der KKJPD
Seit 2011: Ständerätin Kanton St. Gallen
2017/18: Ständeratspräsidentin

schaften vor Verteilen» sowie «Freiheit vor Gleichheit». Dieser Kompass hindert sie aber nicht daran, gemeinsam mit anderen Lösungen im Sinne der Sache zu suchen. Die Schweiz steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Wenn Stärken nicht nur bewahrt, sondern auch ausgebaut und tragfähige Lösungen angestrebt werden sollen, braucht es Menschen im Bundesrat, welche die Interessen der Schweiz über alle anderen Interessen stellen. Dazu ist Keller-Sutter bereit: «Es wäre mir eine grosse Ehre und Freude, mich für unser Land in dieser verantwortungsvollen Position einzusetzen. Ich bin bereit, mich vorbehaltlos in den Dienst unseres Landes zu stellen.»

Christoph Graf

Geschäftsführer und Fraktionssekretär FDP SG



Ein Freisinniger durch und durch

Bundesratskandidat Hans Wicki

Ein Macher will es wissen: Der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki (54) möchte in den Bundesrat. Wer ist dieser Mann, der dem Urschweizer Kanton erstmals zu einem Bundesratssitz verhelfen kann?

Hans Wicki ist ein Winnertyp. Wenn er etwas anpackt, dann richtig. Fast immer führt diese Zielstrebigkeit auch zum Erfolg. Das hat der Hergiswiler Politiker und Unternehmer schon mannigfaltig bewiesen. Diese Eigenschaften haben wohl auch mit dem sportlichen Hintergrund zu tun: Seine Frau Monika Wicki-Hess (54) stammt aus der Skifahrerinnen-Dynastie Hess. Monika ist die jüngere Cousine der legendären Seriensiegerin Erika Hess und war ebenfalls eine Spitzenfahlerin – mit immerhin einem Weltcup-Sieg.

Ein grosser Rucksack

Hans Wicki bringt einen attraktiven Rucksack mit ins Rennen um die Nachfolge des höchst verdienten FDP-Bundesrates Johann Schneider-Ammann. Nicht einfach einen normalen Tagesausflugsrucksack, sondern einen dreiteiligen Expeditionsrucksack. Ein seltenes Exemplar!

Im ersten Fach steckt seine legislative Erfahrung als Nidwaldner Ständerat – mit einem kantigen,

liberalen Profil. Im zweiten Fach ist seine langjährige Exekutiv-Erfahrung untergebracht – als Hergiswiler Gemeindepräsident sowie als Nidwaldner Regierungsrat und Baudirektor. Im dritten Fach blickt er auch noch auf eine anspruchsvolle unternehmerische Tätigkeit im In- und Ausland zurück. Hans Wicki weiss, was es heisst, jeden Tag für die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen zu müssen.

Freisinniger durch und durch

Dabei ist er geblieben, was er immer war: Ein Freisinniger durch und durch. Er besitzt die notwendige Kraft, das liberale Gedankengut in den Bundesrat zu tragen: Hans Wicki setzt sich ein für optimale Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wohlstandes und stärkere Eigenverantwortung, weil die unabdingbar ist für mehr Wettbewerb und gesunde Finanzen. Er steht für eine nachhaltige Sicherung der Sozialwerke und kämpft gegen jegliche Art von Etatismus, der die weltweite Spitzenposition unse-

Steckbrief

Wohnort: Hergiswil NW
Geburtsdatum: 18. Februar 1964
Familie: Verheiratet, 2 Kinder
Erlerner Beruf: Lic. oec. publ.

Berufliche Stationen

1987–1990: Migrosbank Zürich
1990–1992: UBS Zürich
1998–2000: Schindler Management AG, Hergiswil
2000–2010: PFISTERER-Gesellschaften
VR-Mandate: PFISTERER, Robertson Associates AG, Bergbahnen Engelberg-Trübsee-Titlis AG, Schurter Holding AG, Schindler Aufzüge AG, Auto Holding AG
2016–: PERSPEKT GmbH, Geschäftsführer und Inhaber

Politische Stationen

2000–2006: Gemeinderat Hergiswil
2006–2010: Gemeindepräsident Hergiswil
2010–2016: Regierungsrat des Kantons NW, Baudirektor; Landammann 2015/2016
2015–: Ständerat des Kantons Nidwalden; Mitglied in Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Sicherheitspolitische Kommission; Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

rer Wirtschaft gefährdet. Hans Wicki sagt es so: «Wir müssen wieder lernen, für die kommenden Generationen Politik zu machen.»

Urschweiz stellte erst einen Bundesrat

Der Nidwaldner Ständerat möchte, sollte er aufs Ticket der FDP kommen und gewählt werden, auch für den Erhalt unseres föderalistischen Staatsaufbaus kämpfen.

Dazu gehört für Hans Wicki auch eine ausgewogene Vertretung der Regionen und Kantone in der Landesregierung. Und da hat er allen Grund zu kandidieren. Ausgerechnet die Urschweiz, das Kernstück der Eidgenossenschaft, stellte mit Ludwig von Moos aus Obwalden in der 170-jährigen Geschichte des modernen Bundesstaates gerade mal einen Bundesrat. «Eigentlich ein Unding – die Zeit ist überreif für Nidwalden!», meint auch Parteipräsident Stefan Bosshard.

Stefan Bosshard

Präsident der FDP. Die Liberalen Nidwalden und Mitglied der FDP Fraktion im Landrat

Fortsetzung von Seite 1

Veranlagung, indem mehrere Gesetzesartikel angepasst, präzisiert oder aufgehoben werden.

Beschränkung auf das Dringlichste

Die Vorlage enthält bloss das Allernötigste, damit für den Arbeitsplatzstandort Bern kein Schaden entsteht. Über weitere Anpassungen des Steuergesetzes – auch zur Linderung der Steuerbelastung der natürlichen Personen – wird im Rahmen der kantonalen Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung (STAF) später befunden.

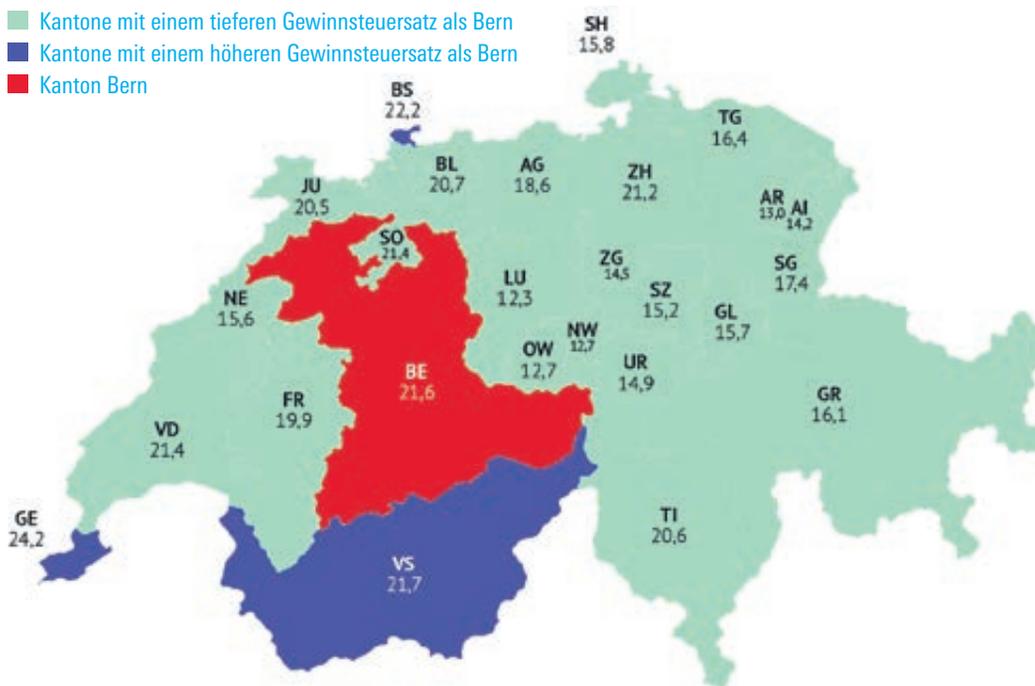
Gut 5000 KMU könnten profitieren

Gemäss Angaben des Regierungsrates können gut 5000 kleine und mittlere Betriebe (KMU) von der Steuergesetz-Revision 2019 profitieren. Damit ist die Revision breit abgestützt und hilft der bernischen Volkswirtschaft als Ganzes. Die Stimmungsmache der Linken gegen Grossbetriebe, welche ebenfalls entlastet werden, geht fehl und ist eine Geringschätzung der betroffenen Arbeitsplätze.

Die Einnahmen steigen trotzdem

Die Vorlage wird im Jahr 2019 zu Mindereinnahmen beim Kanton von 45 Mio. Franken und im Jahr 2020 von 103 Mio. Franken führen, was weniger als 1 Prozent der Kantonseinnahmen ausmacht. Bei den Gemeinden betragen die Mindereinnahmen im Jahr 2020 total 51,5 Mio. Franken, wobei diese mit der bereits beschlossenen Neuschätzung der amtlichen Werte der Grundstücke mehr als kompensiert werden (allein die Liegenschaftssteuern der Gemeinden, die ja auf den amtlichen Werten basieren, steigen insgesamt um rund 65 Mio. Franken). Trotz Mindererträge aus der Revision nehmen auch

- Kantone mit einem tieferen Gewinnsteuersatz als Bern
- Kantone mit einem höheren Gewinnsteuersatz als Bern
- Kanton Bern



die Einnahmen des Kantons immer noch jedes Jahr über der Teuerung zu.

Arbeitsplätze im Kanton Bern halten

Bleibt der Kanton Bern untätig, so werden Firmen vermehrt anderswo investieren oder gar wegziehen. Dadurch gehen direkt und indirekt (Zulieferer) Arbeitsplätze verloren. Zusätzlich verlieren Kanton und Gemeinden Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, weil ja die Löhne bzw. Einkommen, die von den Firmen generiert werden, ebenfalls wegfallen. Von der Revision werden auch positive Effekte für die bernische Volkswirtschaft erwartet: Die Reduktion der Steuerbelastung verschafft den Unternehmen zusätzlichen Spielraum für Investitionen.

Klare Unterstützung durch die Politik

Der Gesamtregierungsrat, die Finanzkommission und der Grosse Rat unterstützen die Vorlage. Mit einem überwältigenden Mehr von 92 Ja-Stimmen (zu 51 Nein-Stimmen) hat der Grosse Rat Ja gesagt. Die FDP-Fraktion und auch die Delegiertenversammlung unterstützen die Vorlage einstimmig.

Adrian Haas, Präsident FDP-Grossratsfraktion

Des impôts élevés menacent les places de travail bernoises

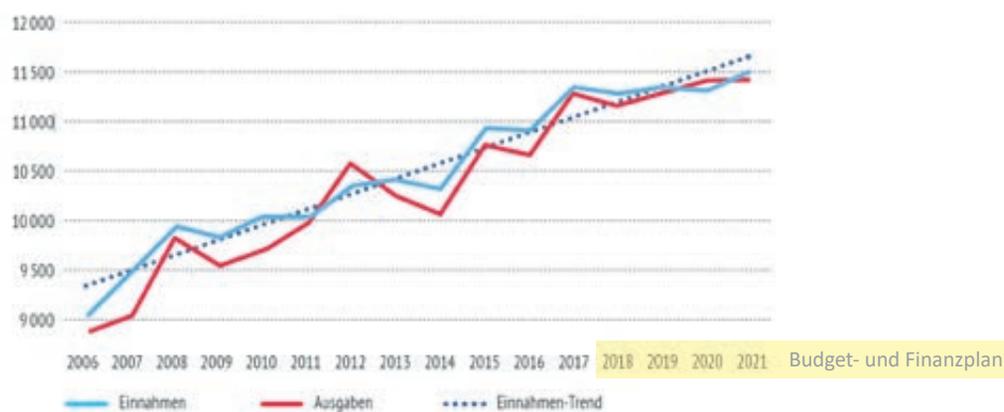
Le 25 novembre 2018, le Souverain bernois devra se prononcer sur la révision 2019 de la Loi cantonale sur les impôts. Le projet prévoit que la charge fiscale maximale sur le bénéfice pour les personnes morales soit abaissée de 21,64% actuellement à 18,71% de manière échelonnée en 2019 et 2020. Si le canton de Berne veut que les entreprises demeurent compétitives, alors cette baisse est indispensable.

La révision est surtout motivée par le désavantage actuel en tant que site d'implantation, le canton de Berne occupant le 23e rang peu glorieux en termes de charge fiscale en comparaison intercantonale.

La réduction ciblée de l'impôt sur le bénéfice des entreprises est un premier pas important vers la réduction de l'écart séparant le canton de Berne des autres cantons et l'amélioration des conditions économiques en tant que site d'implantation.

Einnahmen stabil bis leicht steigend – Ausgaben steigend

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Kantons Bern in Mio. CHF



Ja zum angepassten Kredit

Abstimmung vom 25. November 2018

Am 25. November 2018 stimmt der Kanton Bern über den Kredit zur Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden 2018–2020 ab. Mit dem beantragten Kredit können die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen deutlich gesenkt werden. Wird der Kredit von den Stimmberechtigten abgelehnt, würden hingegen weiterhin die höheren Tarife gelten. Die Zustimmung zum Kredit ist über die Parteigrenzen hinweg gross.

Im Mai 2017 lehnten die Stimmberechtigten des Kantons Bern den Kredit für die Asylsozialhilfe ab. Als Folge dieses Neins wurden alternative Unterbringungs- und Betreuungskonzepte für unbegleitete minderjährige Asylsuchende geprüft. Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben sich nun für ein neues, kostengünstigeres Modell entschieden. Mit dem beantragten Kredit für die Jahre 2018–2020 soll die finanzielle Grundlage geschaffen werden, um das neue Konzept umzusetzen.

Mit dem angepassten Kredit Kosten halbieren

Der Regierungsrat und der Grosse Rat wollen am bewährten Konzept der gesonderten Unterbringung von minderjährigen Asylbewerbenden festhalten. Neu sollen aber tiefere Pauschalen pro Kind und Tag zur Anwendung kommen: Betrug die Tagespauschalen bisher 171 Franken, werden sie neu zwischen 140 Franken für Kinder und 80 Franken für Jugendliche liegen. Mit dem beantragten Kredit lassen sich somit die Kosten um 30 beziehungsweise 90 Franken pro Kind und Tag senken.

Trotz der tieferen Kosten wird auch künftig dem unterschiedlichen Betreuungsbedarf der Kinder und Jugendlichen Rechnung getragen. Zudem gewährleistet das neue Konzept weiterhin den bundesverfassungsrechtlichen Kindesschutz.

Paradox: Bei einem Nein sind die Kosten höher

Lehnen die Stimmberechtigten am 25. November 2018 den Kredit ab, wird der bestehende Vertrag weitergeführt. Da somit bis auf Weiteres die höheren Tagespauschalen gelten würden, könnten keine Einsparungen erzielt werden.

Sinnvolle Investition in Integration und Bildung

Wie bei Schweizer Jugendlichen ist es zentral, die

unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in das Erwerbsleben zu integrieren und damit eine finanzielle Unabhängigkeit zu ermöglichen. Wird jetzt in die Integration und Bildung der Kinder und Jugendlichen investiert, senkt dies die Wahrscheinlichkeit, dass diese künftig sozialhilfeabhängig werden und hohe soziale Kosten entstehen. Die dazu nötigen finanziellen Mittel sind daher eine wichtige und sinnvolle Investition.

Breite Zustimmung von links bis rechts

Die Zustimmung zum Kredit ist über die Parteigrenzen hinweg gross – zum Unterstützungskomi-

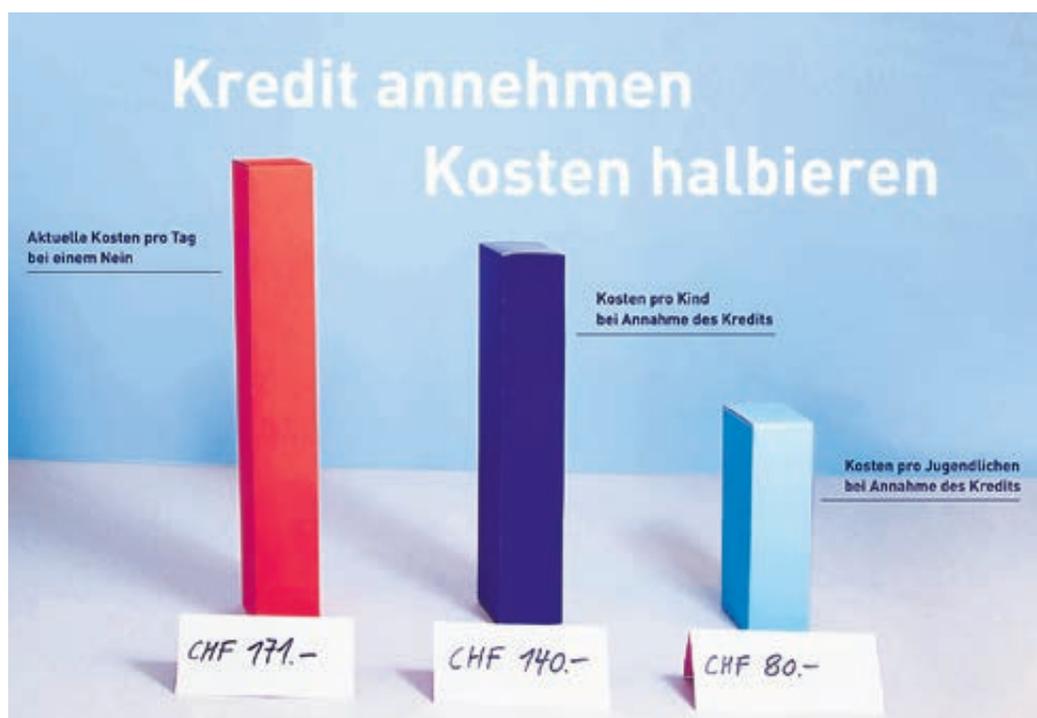
Une vaste alliance soutient l'adaptation du crédit, avec à la clé des coûts nettement moins élevés

Votation du 25 novembre 2018 sur le crédit pour l'hébergement et l'encadrement des requérants et requérantes d'asile mineurs non accompagnés 2018–2020.

Le 25 novembre 2018, la population du canton de Berne se rendra aux urnes afin de se prononcer sur le crédit pour l'hébergement et l'encadrement des requérant-e-s d'asile mineurs non accompagnés 2018–2020. Le crédit proposé permettra de réduire substantiellement les coûts d'hébergement et d'encadrement des enfants et des adolescent-e-s. Un refus du crédit par les citoyen-ne-s du canton de Berne entraînerait en revanche un maintien des tarifs plus élevés. Le crédit bénéficie d'une large acceptation qui va bien au-delà du cadre des partis politiques.

tee «Ja zum angepassten Kredit» zählen Parteien und Jungparteien von links bis rechts. Der Grosse Rat hatte den Kredit deutlich mit 100 Ja-Stimmen zu 47 Nein-Stimmen gutgeheissen. Die Delegiertenversammlung der FDP Kanton Bern beschloss mit 101 Ja, 8 Nein und 2 Enthaltungen die Ja-Parole.

Informationen: www.angepasster-kredit-ja.ch



Frauen in der Politik

Aktuell



Das Thema «Frauen in der Politik» ist sehr aktuell und wird oft diskutiert. Die Bundesratswahlen mit unserer Wunschkandidatin stehen an, einige Anlässe zu diesem Thema haben bereits stattgefunden. Vor kurzem wurde sogar eine überparteiliche Frauen-Wahl-Kampagne lanciert. Ist die Sache somit erledigt, und können wir zufrieden sein? Kaum. Die Diskussion um die Bundesratswahlen ist eine logische numerische Forderung (wobei eine Frau zu sein, ist noch kein Wahlprogramm; der beste Kandidat/in mit allen Anforderungen soll gewählt werden, egal, ob Mann oder Frau). Somit kann die aktuelle mediale Präsenz des Frauenthemas (noch nicht) als eine Trendwende verstanden werden.

Politik ist weiterhin klar in Männerhand

In den Kantonsparlamenten liegt der Frauenanteil bei 27 Prozent, in den Kantonsregierungen bei 24 Prozent, im Nationalrat bei 32 Prozent, im Ständerat jedoch nur bei 15 Prozent. Wenn wir diese Vertretungen pro Parteien anschauen, schliesst die FDP leider schlecht ab. Während in Kantonsparlamente die Frauen bei SP und Grünen mit 45 Prozent ver-

treten sind, sind es bei der FDP nur 23 Prozent. Schlechter schliessen nur noch die Frauen von BDP (21 Prozent) und SVP (14 Prozent) ab.

Wollen wir mehr Frauen in der Politik (oder auch Wirtschaft) haben? Falls ja, wie wollen wir dies erreichen, und was sind die Hindernisse? Warum gelingt es immer den Männern und weniger den Frauen? Wollen Frauen nicht, oder machen sie es anders? Was fehlt den Frauen? Eine Sache ist sicher, alles unter einen Hut zu bringen. Eine Familie, eine politische und berufliche Karriere unter einen Hut zu bringen, ist eine echte Herausforderung. Ein solches Engagement ist eine Kunst und oft eine grosse Gratwanderung. Zweite Sache ist, dass Männer und Frauen tatsächlich unterschiedlich sind. Folgend ein paar Beispiele von Faktoren, die einen Einfluss auf eine Vertretung der Frauen in Politik und Wirtschaft haben können:

Netzwerke pflegen

Männer sind oft Kumpel und einfacher im Umgang, Frauen scheinen eher komplizierter untereinander und viel kritischer zu sein. Sie sind kritisch gegenüber sich selber, zu anderen Frauen, ihrem Aussehen, Verhalten etc. Liebe Frauen, man muss nicht perfekt sein; eine Meinung zu haben, ist besser, als keine zu haben! Eine 80-Prozent-Lösung ist besser als keine Lösung. Häufig warten wir, bis wir das Perfekte auf dem Tisch haben, und oft werden wir von einer «OK-Variante» der Männer überholt. Wir müssen mehr Mut haben, unsere Ergebnisse zu präsentieren, obwohl sie (für uns) noch nicht 100 Prozent und perfekt sind. Zudem müssen wir uns mehr verbinden und «networken». Nicht nur untereinander,

sondern auch mit den Männern. Zickenkriege bringen nichts. Wir sind uns auch nicht gewohnt, nach der Sitzung noch «eis go zieh». Genau hier werden aber die Seilschaften gebildet. Auch ich wäre oft nach einer Sitzung am liebsten zu Hause, um meinem Sohn eine Gutenachtgeschichte vorzulesen. Ich musste aber lernen, dass ein Glas mit meinen Kollegen die Freundschaft und Gesellschaft festigt und die kommenden Geschäfte aufgleist.

Frauen denken komplexer

Frauen waren schon immer für die ganze «Herde» zuständig, während Männer genügend Beute nach Hause bringen mussten. So gesehen ist die Frauensicht oft langfristiger, berücksichtigt alle Beteiligten und ist generell zu Gunsten von allen; leider wird aber nicht immer alles verstanden. Männer sind im Denkprozess generell einfacher. Konjunktiv und verschiedene Varianten sind ihnen oft fremd. Wir Frauen müssen uns in die Diskussionen mit stichhaltigen Argumenten und unserer Sicht mehr einbringen.

Politik braucht eine dicke Haut

Männer sind selten beleidigt, Frauen dagegen nehmen alles persönlich. Ein Engagement in der Politik heisst, sich eine dicke Haut anzueignen. Wenn eine Frau (oder ihre Meinung) kritisiert wird, nimmt sie es persönlich, und die Welt bricht zusammen. Wir Frauen müssen einfach lernen, dass Kritik in der Politik ein «part of the game» ist. Wir müssen die echte Kritik vom politischen Spiel unterscheiden können. Für uns Frauen ist es schwierig – wir wollen ja vollkommen sein! Ich schätze, dass dies wichtige Faktoren sind, warum sich Frauen in der Politik nicht engagieren wollen.

Mit gemischten Teams zum Erfolg

Politik ist ein Haifischbecken, sie ist aber ein sehr spannendes Gebiet, und es wäre schade, wenn es weiterhin überwiegend von Männern dominiert würde. Dass gemischte Teams besser zusammenarbeiten und bessere Resultate erreichen, ist allgemein bekannt. Und dass Politisieren in gemischten Teams mehr Durchschlagskraft hat und zudem doch noch Freude bereiten kann, können auch die meisten von uns bestätigen. Versuchen wir mehr Frauen für die Politik zu begeistern. Versuchen wir – Frauen und Männer –, die unterschiedlichen Stärken zu berücksichtigen und daraus etwas lernen. Frauen sind in der Gesellschaft zur Hälfte vertreten, und es wäre schön, wenn sie auch zur Hälfte in den Prozessen, die die Gestaltung der Gesellschaft bestimmen, vertreten wären. Wenn es uns gelingt, wird sich die FDP berechtigt auf die Fahne schreiben können: «moderne und fortschrittliche Partei».

Lenka Kölliker

Vorstandsmitglied FDP Frauen Kanton Bern

Lenka Kölliker

Zweifache Mutter, Gemeinderätin,
Vizedirektorin Risk Management,
Stiftungsrätin, Vorstand FDP Frauen Kt. Bern,
Ex-Diplomatin, ehemalige Spitzensportlerin

www.lenka-koelliker.ch

Wahlen in Thun, Steffisburg, Meiringen

Jungfreisinn Berner Oberland

Hätte mir jemand vor drei Jahren gesagt, dass die Jungfreisinnigen Berner Oberland im März 2018 eine eigene Liste bei den Grossratswahlen stellen und dazu bei den Gemeindewahlen im November in Thun (Gemeinderat und Stadtrat), Steffisburg (Grosser Gemeinderat) und Meiringen (Gemeinderat) antreten, hätte ich dies als verzweifelte Trümerei abgetan. Zu dieser Zeit war die Sektion der Jungfreisinnigen Berner Oberland praktisch inexistent. Die Freisinnigen hatten in Thun gerade ein Debakel erlebt. Anstatt die verlorenen Sitze von 2010 zurückzugewinnen, verlor man gar die Fraktionsstärke.

Die blaue Revolution im Berner Oberland

Seit der Talsohle vor drei Jahren arbeite ich nun im Vorstand der Jungfreisinnigen der Region mit. Was ich seither im Berner Oberland erleben durfte, gleicht einer «blauen Revolution». In den letzten Jahren haben sich die Jungfreisinnigen Berner Oberland neu formiert. Durch ein starkes Mitgliederwachstum konnte die Basis gestärkt werden. Der zusätzliche Grossratssitz im Kreis Thun, welcher durch die Unterstützung der Jungfreisinnigen erkämpft werden konnte, liess den blauen Aufwind in der Region zu einem Orkan anschwellen.

Auch die FDP Thun hat sich in den vergangenen Monaten gewandelt. Nach einer turbulenten Zeit wurde Markus van Wijk zum neuen Präsidenten gewählt. Dieser setzt konsequent auf ein starkes Ge-

nerationentandem. Für die Gemeindewahlen in Thun wurde mit Manuel Liechti, Gemeinderat Wattenwil, ein Jungfreisinniger als Wahlkampfleiter von der FDP Thun engagiert.

Wahlen Thun: Jungfreisinniger Gemeinderatskandidat und gemeinsame Stadtratsliste

Für den Stadtrat tritt die FDP Thun mit 20 Kandidatinnen und Kandidaten an. Nebst den bisherigen Stadträten sind zahlreiche Thuner Persönlichkeiten auf der Liste zu finden. Die Jungfreisinnigen Berner Oberland stellen dabei einen Viertel der Kandidierenden.

Neben Carlos Reinhard, Spitzenkandidat der FDP Thun, Hanspeter Aellig und Barbara Lehmann Rickli tritt der jungfreisinnige Nicola Grossenbacher für die Gemeinderatswahlen an. Nicola arbeitet bei der Raiffeisenbank und studiert berufsbegleitend Betriebswirtschaft an der Berner Fachhochschule. Weiter ist er Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Thun. Er vertritt klar liberale Positionen, und dennoch ist er in der Lage, Kompromisse zugunsten der Bürgerinnen und Bürger Thuns einzugehen.

Wahlen in Steffisburg und Meiringen

Doch nicht bloss in Thun bringt sich der Berner Oberländer Jungfreisinn aktiv ein. Mit Jana Marggi kämpft eine Jungfreisinnige in Meiringen um den Einzug in den Gemeinderat. In Steffisburg – eine

der aktivsten Sektionen der FDP in der Region – vertritt Remo Schneeberger die Jungfreisinnigen auf der Liste der FDP Steffisburg.



Adrian Willi

Ausblick

Am 25. November 2018 ist Abstimmungs- und Wahltag. Bis dahin wird mobilisiert und überzeugt. Damit die Selbstbestimmungs-Initiative gebodigt wird und die FDP bei den Wahlen zu den Gewinnern zählt. Für die Jungfreisinnigen Berner Oberland stellen die Wahlen in Thun den Höhepunkt seit der Neuorganisation dar. Das macht Mut, mit Schwung weitere Projekte in Angriff zu nehmen, welche das Berner Oberland vorwärtsbringen.

Adrian Willi

Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Kanton Bern

Der 21-jährige Adrian Willi kommt aus Hofstetten bei Brienz. Zurzeit studiert er nebst seiner beruflichen Tätigkeit beim Dachverband Schweizer Jugendparlamente an der Hochschule Luzern Wirtschaftsinformatik. Daneben engagiert sich Adrian vor allem bei den Jungfreisinnigen und der FDP. Er ist unter anderem im Vorstand der Jungfreisinnigen Kanton Bern sowie der Jungfreisinnigen Berner Oberland. In seiner Freizeit fährt Adrian Rennrad, erkundet neue Länder oder liest einen spannenden Zeitungsartikel bei einem guten Kaffee.



Die drei Eidgenossen im Bundeshaus.



Die Eidbrecher

Warum die SBI das Gegenteil von eidgenössisch ist

Dem deutschen Romantiker Friedrich Schiller verdanken wir bekanntermassen den Schweizer Gründungsmythos. Im Tell lässt er die drei Eidgenossen auf dem Rütli schwören: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.» Zum Glück für die Schweiz gab es damals noch keine SVP.

Stellen wir uns vor, anstelle der ehrhaften Ur-schweizer, die sich gegenseitig auf ihr Wort verlassen konnten, hätte der Vogt, also der SVP-Nationalrat Vogt, gestanden. Mitsamt seiner «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) im Gepäck. Der Eid wäre schlicht nicht zu Stande gekommen! Und mit ihm kein Schweizer Volk. Denn wer würde sich schon auf jemanden verlassen, der sich explizit herausnimmt, dann vielleicht doch nicht zu seinem Wort zu stehen. Schiller hätte umschreiben müssen: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern – freilich ausser in der Not des Widerspruchs mit der Verfassung unserer Stände und der Gefahr schwammig formulierter Volksinitiativen.»

Pacta sunt servanda

Was damals für die Eidgenossen galt, gilt auch heute für die Schweiz in einer globalisierten Welt. «Pacta sunt servanda» – «Verträge sind einzuhalten» lautet der Grundsatz der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den Staaten dieser Welt. Er bringt nichts anderes zum Ausdruck als die gegen-

seitige Verlässlichkeit, auf welcher bereits der Eid im Nationalmythos beruhte. Genau diese Verlässlichkeit schafft Stabilität und Rechtssicherheit in der Welt. Die SBI hingegen atmet den typischen SVP-Geist der Selbstüberschätzung und Abschottung. Sie will der Welt einfach mal den Tarif durchgeben und Landesrecht grundsätzlich über Völkerrecht und damit über all die unzähligen Abkommen stellen, welche die Beziehungen der Schweiz zur Welt regeln. Gerade in Zeiten, in denen die Trumps dieser Welt in der globalen, auf Verträgen aufgebauten Friedens- und Wohlstandsarchitektur wie Elefanten im Porzellanladen umherirren, wäre dies ein völlig falsches Ausrufezeichen.

Recht vor Macht

Für den vernetzten Kleinstaat Schweiz ist es geradezu töricht. Denn insbesondere für Kleinstaaten ist der Grundsatz «Recht vor Macht» in den internationalen Beziehungen wichtig – sie würden nämlich im Kräftemessen der grossen Wirtschafts- und Militärmächte stets den Kürzeren ziehen. Auf die



Exportnation Schweiz, welche 70 Prozent ihrer Erträge direkt oder indirekt im Handel erwirtschaftet, trifft dies nochmals in besonderem Mass zu. Rund 600 Verträge wären betroffen, die meisten von ihnen sehr technisch und daher nie durch eine Volksabstimmung legitimiert, wie es die Initiative vorschreiben will.

Undemokratischer Automatismus

Es würde aber auch die Demokratie selbst leiden. Die Initiative verlangt in letzter Konsequenz nämlich einen Kündigungsautomatismus: Künden, ohne dass das Volk dazu Stellung nehmen könnte! Genau diese Möglichkeit besteht nämlich heute. Beispiel Masseneinwanderungs-Initiative: Das



Roger Kölbener: «Die SBI atmet den typischen SVP-Geist der Selbstüberschätzung und Abschottung.»

Parlament hat diese widersprüchliche und schludrig formulierte SVP-Initiative so umgesetzt, dass auch anderen Volksentscheiden Rechnung getragen wird, insbesondere den bilateralen Verträgen mit der EU. Nichts und niemand hat die SVP daran gehindert, dagegen ein Referendum zu ergreifen – ausser ihre eigene Angst vor dem Fiasko an der Urne. In einer direkten Demokratie kann das Volk stets das letzte Wort zu den Verträgen verlangen, welche die Schweiz abschliesst. Die Initiative löst daher kein einziges Problem und bringt keine Verbesserung. Sie bringt nur Rechtsunsicherheit und schadet der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit einer international vernetzten Schweiz. Die drei Eidgenossen haben ihr NEIN dazu bereits 1291 eingeworfen.

Roger Kölbener
Präsident FDP International



Für eine liberale Städtepolitik

FDP Urban Summit

FDP Urban Summit

weitere Themen wie Finanzen, Kultur und Integration aufgenommen – auch dort braucht es dringend eine liberale Handschrift.

Der erste FDP Urban Summit

Am 26. Januar findet der erste FDP Urban Summit an einem innovativen und kreativen Ort mitten in der Stadt Zürich statt. Ideal für unsere freisinnigen Regierungsmitglieder, um ihre liberalen Erfolgsgeschichten aus den Städten persönlich zu präsentieren. Anschliessend werden in Workshops zu den vier Kernthemen konkrete Ideen für eine liberale



Beat Habegger

Starke liberale Präsenz und Tatendrang trotz rot-grüner Dominanz: So präsentiert sich das freisinnige Stimmungsbild in den Städten vor dem ersten FDP Urban Summit im Januar 2019 und den Folgeevents in den grossen Städten.

Die FDP-Stadtparteien sind im Aufbruch. Nach der FDP-Urban-Lancierung im März trafen sich Anfang Oktober Parteipräsidien und Regierungsmitglieder aus den grossen Städten im Bundeshaus. Im Zentrum der Gespräche standen die Ergebnisse der Interviews mit Freisinnigen aus allen Städten, die

in den letzten Monaten geführt wurden. Aber natürlich waren auch alle gespannt auf das FDP Urban-Programm der nächsten Monate: den FDP Urban Summit im Januar und die geplanten Aktivitäten zur Verankerung von FDP Urban in den Städten.

Das liberale Stimmungsbild

Damit man etwas verändern kann, braucht es eine Bestandesaufnahme: Was läuft gut, was läuft schlecht? Worauf können wir aufbauen, und woran müssen wir arbeiten? Dazu hat FDP Urban in den letzten Monaten mit den Parteipräsidien und Exekutivmitgliedern der grossen Schweizer Städte strukturierte Interviews geführt. Resultat: Das Werteverständnis in den Städten ist liberal, homogen und stabil. Auftritt und Sprache der FDP in den Städten ist klar urban. Und alle Exponenten sind voller Tatendrang. FDP Urban soll es nun möglich machen, sich unter den Städten besser auszutauschen und bei Initiativen und Vorstössen zu wichtigen Themen mehr zu kooperieren.

Die Interviews dienten zusätzlich dazu, die FDP Urban-Kernthemen «urbanes Wohnen», «Mobilität der Zukunft», «kreativ-produktive Stadt» sowie «Smart City/Smart Government» zu bestätigen und Erfolgsgeschichten dazu aus den Städten abzuholen – die es zuhauf gibt! Daneben wurden auch

Stadtpolitik entwickelt. Neben Freisinnigen sollen auch Externe ihre Inputs in die Workshops einbringen: Unternehmer, Start-ups, Mitglieder von «Digital Switzerland» etc. Denn wer neue Impulse erhalten und erfolgreiche Projekte lancieren will, braucht auch eine Aussensicht.

Projekte umsetzen – in den Städten!

Für jede am Summit lancierte Idee wollen wir einen Entscheidungsträger aus der FDP gewinnen, der oder die das Projekt weiterführt und umsetzt. Während des ganzen Jahres sollen Aktivitäten und Anlässe in allen grossen Städten stattfinden. Alle Freisinnigen können so FDP Urban mitgestalten und zur Verankerung in unseren Städten – und den Köpfen der städtischen Bevölkerung – beitragen. Damit will FDP Urban den Städten eine starke liberale Stimme geben und damit auch zu unserem gemeinsamen Wahlerfolg 2019 beisteuern!

Beat Habegger
Kantonsrat, Vizepräsident FDP Stadt Zürich

Erster FDP Urban Summit 2019

26.1.2019 in Zürich: Machen auch Sie mit!

Zum ersten FDP Urban Summit sind führende Vertreterinnen und Vertreter der FDP aus den grossen Schweizer Städten eingeladen – insbesondere Parteipräsidien, Exekutivmitglieder sowie Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es gibt aber auch freie Plätze für alle FDP-Mitglieder: Ab Mitte Dezember können sich alle Interessierten anmelden und uns kurz mitteilen, warum sie gerne dabei sein möchten. Da die Gesamtteilnehmerzahl auf 120 Personen limitiert ist, wird das OK je nach Anzahl Anmeldungen eine Auswahl treffen müssen. Das Anmeldeformular wird auf der Website von FDP Urban (www.fdp-urban.ch) verfügbar sein.

«Fusion hat den liberalen Pol gestärkt»

Rückblick auf 10 Jahre FDP.Die Liberalen

Vor zehn Jahren fusionierten die Freisinnig-Demokratische Partei und die Liberale Partei der Schweiz. Fulvio Pelli, der erste Parteipräsident nach der Fusion, blickt zurück auf eine Erfolgsgeschichte und nach vorne auf die Zukunft.

Zehn Jahre sind vergangen seit der Fusion zwischen den nationalen Parteien der Liberalen und der Freisinnigen. Die politische Zeit läuft viel schneller als die echte: Die damals fixierten Ziele sind schneller erreicht worden als vorgesehen. Die Fusion ist ein Erfolg. Der liberale Pol ist heute die drittgrösste Partei auf nationaler Ebene, die zweitgrösste in den Städten und die grösste auf kantonaler Ebene.

Eine gemeinsame Vision

Parteipolitisch war es damals das Ziel, die FDP klar

«rechts der Mitte» zu positionieren, wo sich ihre Wählerinnen und Wähler gerne verorten. Es bestand dazu das politische Bedürfnis, einen starken liberalen Pol durch die Zusammenlegung der liberalen Kräfte zu gründen, um wieder die Stärke zu erreichen, die den freisinnig-liberalen Ideen Gehör verschaffen kann. Insbesondere in der deutschen Schweiz war die FDP nach wiederholten Wahlniederlagen in einer schwierigen Situation. Und im Welschland war die Liberale Partei im Sinkflug, mit Verlusten im Stände- und Nationalrat, was zur

Gründung der fusionierten Radikal-Liberalen Fraktion geführt hatte.

Dank einer gemeinsamen Vision seitens der Führung der FDP und der PLS (Claude Ruey, Remy Scheurer, Christine Wirz, Pierre Weiss) und das Zusammenwirken auf Fraktionsebene im nationalen Parlament war der Grundstein gelegt: Es begann die Arbeit in und mit den Kantonalparteien. Zuerst an der Spitze, dann bei den Mitgliedern – insbesondere den Frauen – wuchs die Überzeugung, dass die Fusion eine Erneuerungschance für die liberalen Kräfte war.

Aus der ältesten wird die jüngste Partei

Die zwei ältesten Parteien der Schweiz, die Liberale Partei und die Freisinnig Demokratische Partei, gründeten somit die jüngste Partei unseres Landes. Die jüngste Partei eines Bundesstaates, der nach einer damaligen internationalen Studie der einzige gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreiche, multiethnische Staat ist. Ein starker liberaler Pol war und ist das Ziel, um eine Schweiz zu fördern, die unserer Tradition entspricht und weiterhin erfolgreich bleibt.

Liberale Werte sind so aktuell wie eh und je

Gerade in schwierigen Zeiten sind liberale Werte nötig: Freiheit, Eigenverantwortung, Arbeitsleistung, aber auch Solidarität und Rechtsstaatlichkeit sowie Bescheidenheit und Anstand. Die Agenda der Linken mit ihrer Forderung nach Regulierungsflut und Schuldenwirtschaft führt in die Sackgasse. Zu keinen besseren Ergebnissen führt die Agenda der nicht nur international, sondern auch national wachsenden populistischen Bewegungen, die ständig rechtsstaatlich problematische Volksinitiativen produzieren. Jüngstes Beispiel ist die sogenannte Selbstbestimmungs-Initiative, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Minderheiten der Halbdiktatur einer vermuteten Volksmehrheit preisgeben will.

Rückkehr zu den radikalen Wurzeln

Entwickeln wir deshalb die Vorhersage Mark Twains weiter, dass die Revolutionäre des vergangenen Jahrhunderts die Konservativen des heutigen Jahrhunderts sind. 1848 waren wir radikal liberal und damit revolutionär. Im vergangenen Jahrhundert haben wir uns auf unseren Lorbeeren ausgeruht – und verloren. Im neuen Jahrhundert sind wir zu unseren liberal radikalen Wurzeln zurückgekehrt. Kämpfen wir weiter als liberaler Pol, als FDP.Die Liberalen, mit revolutionärem Engagement für die Interessen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und gegen die Konservativen von rechts und links. Das ist mein Wunsch!

Fulvio Pelli

alt Nationalrat TI, alt Parteipräsident



«Liberale Werte sind aktuell wie eh und je»: Fulvio Pelli (rechts) mit Bundesrat Ignazio Cassis (Mitte).

Zukunft der Städte, Digitalisierung und Gesundheitswesen

Studienreise nach Singapur, Jakarta und Bali

Interesse?
Anmeldung
bis 09.12.2018



Foto: CPG Khoo Puat Hospitals, Jonathan Ng Ming En

Die Zukunft liegt in Asien. Wir besichtigen bei dieser geführten Reise erstaunliche Projekte in drei Städten und diskutieren mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, was die Schweiz davon lernen kann. Ihre Reise begleiten:



Dr. Remo Burkhard

Reiseleitung. Initiierte und organisierte die erste STIP Reise im Jahr 2017. Seit 2010 Managing Director des Singapore-ETH Centre.



Doris Fiala, Nationalrätin FDP

Nationalrätin FDP, Die Liberalen und Mitglied der Schweizer Delegation am Europarat. Arbeitet an Lösungen für Entwicklungen der Zukunft.



Prof. Dr. Thomas Schröpfer

Professor und assoziierter Gründungsdekan des Bereichs Architektur und Nachhaltiges Entwerfen an der Singapore University of Technology and Design.



Christoph Lang

Geschäftsführer der Flughafenregion Zürich.

Die Eckdaten im Überblick

Teilnehmende	Min. 12, max. 18 Personen
Preis	CHF 6'450.– (pro Person im EZ), mit Preiszuschlag für Businessklasse.
Reisedatum 1	17.–25.4.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 17.4.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 25.4.2019 um 08.15 Uhr
Reisedatum 2	22.–30.5.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 22.5.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 30.5.2019 um 08.15 Uhr

Bei zu wenig Anmeldungen wird die Reise nicht oder nur am Datum mit mehr Anmeldungen durchgeführt. Über die Durchführung wird vor Ende 2018 informiert. Sprachen: Deutsch/Englisch.

Individuelle Verlängerung auf Bali möglich.

Kontakt

Reiseinhalt

ETH Singapore
Singapore-ETH Centre
1 CREATE Way #6-01
Singapore, 138602
<http://www.sec.ethz.ch>
Dr. Remo Burkhard
remo.burkhard@sl.ethz.ch

Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG
Frau Kathy Malka
groups@twerenbold.ch

Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG
Frau Kathy Malka
groups@twerenbold.ch

Anmeldung

groups@twerenbold.ch

Eine von mehreren bewegenden Standing Ovationen für Bundesrat Johann Schneider-Ammann.



Eine liberale Vision für die Schweiz, unsere Heimat

Delegiertenversammlung in Pratteln

Mehr Bilder auf www.fdp.ch

300 Delegierte der FDP. Die Liberalen fanden Ende September den Weg zur vierten und letzten Versammlung des laufenden Jahres. Sie beschlossen einstimmig eine liberale Vision für die Schweiz und ehrten Bundesrat Schneider-Ammann, der nur wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, mit bewegendem Applaus.

Die Schweiz ist dank langer, harter Arbeit und richtigen Entscheiden heute ein Erfolgsmodell. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Schliesslich ist die Schweiz unsere Heimat. Die rund 320 Delegierten beschliessen am 29. September 2018 in Pratteln BL einstimmig eine liberale Vision mit sieben Zielen für die Schweiz. Im Zentrum dieser Vision steht der Begriff «Heimat». Sie ist die konsequente Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2015: Sie legt die politischen Grundsätze fest und bildet den inhaltlichen Rahmen für den Wahlkampf 2019. Besuchen Sie die Webseite der FDP, und finden Sie mehr heraus.

Standing Ovationen für einen Politiker und Unternehmer mit enormem Leistungsausweis

Nach acht Jahren im Bundesrat beendet Johann Schneider-Ammann auf Ende 2018 eine aussergewöhnliche politische Karriere als Nationalrat und als Vorsteher des Wirtschafts-, Bildungs- und For-

schungsdepartements. Die FDP bedauert diesen Schritt und dankt ihm ganz herzlich für sein unermüdetes und langjähriges Engagement zum Wohl der Schweiz. Die Delegierten ehrten ihn mit bewegenden Standing Ovationen. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird an der Delegiertenver-



Nationalrat und Fraktionspräsident Beat Walti präsentierte die Vision der FDP.

sammlung am 12. Januar 2019 in Genf würdig verabschiedet.

Ablehnung der Selbstbestimmungs-Initiative – Ja zur Bekämpfung von Versicherungsbetrug

Gegen Ende der Versammlung beschliessen die Delegierten die Parolen für die nächsten Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2018. Sie sprachen sich mit überwältigender Mehrheit gegen die populistische Selbstbestimmungs-Initiative aus. Zudem unterstützten sie klar die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Die Änderung ermöglicht eine schärfere Bekämpfung von Versicherungsbetrug.



Die Delegierten der FDP sprachen sich klar und deutlich gegen die SBI aus.



«Wir brauchen keine Sonderrechte»

Interview mit Kacem el Ghazzali

Kacem el Ghazzali kam als politischer Flüchtling in die Schweiz und wandelte sich vom Marxisten zum Liberalen. Er ist seit einem Jahr Mitglied der FDP Zürich. Ein Gespräch über die Freiheit, die Linke und den Islam.

Kacem, Sie rufen Marokkaner, die den Ramadan nicht befolgen, dazu auf, in sozialen Medien Bilder von sich selbst beim Essen zu posten. Weshalb? Die Existenz von sexuellen, religiösen oder anderen gesellschaftlichen Minderheiten wurde in Marokko vorher schlicht geleugnet. Auch in der Wahrnehmung vieler Europäer ist die islamische Welt ein homogener Block ohne innerliche Konflikte. Mit solchen Aktionen können wir zeigen, dass Andersdenkende existieren und wahrgenommen werden. Wieso sollte man das Nichteinhalten des Ramadans kriminalisieren? Wieso sollte man sich beim Essen verstecken müssen?

Für Ihren Einsatz für mehr Freiheit mussten Sie teuer bezahlen. Als Schüler engagierte ich mich für die Freiheit und Menschenrechte und schrieb in meinem Blog religionskritische Artikel. Meine Gesell-

schaftskritik kannte keine roten Linien, was viele geärgert hat und mir Todesdrohungen einbrachte. Ich wurde aus der Schule ausgeschlossen, musste mein Dorf verlassen und in Casablanca und Rabat untertauchen. Ein Freund riet mir, aus Marokko zu fliehen, und er sagte mir, es gebe nur ein einziges Land, wo ich bei einer Botschaft Asyl beantragen kann: die der Schweiz.

Zunächst waren Sie wenig begeistert... Ich lachte daher zuerst über diesen Gedanken, denn die Schweiz war für mich als Linker damals eigentlich ein kapitalistisches Feindbild; das Land, das Guevara den «Kopf des kapitalistischen Monsters» nannte. Ich hatte dann aber ein langes Gespräch mit dem Schweizer Botschafter in Marokko und konnte ihm belegen, dass ich Schutz brauche. Ich hatte zunächst dennoch wenig Hoffnung. Nach ein paar

Wochen bekam ich aber einen Brief aus Bern und durfte in die Schweiz kommen.

Sie haben sich in der Schweiz am Anfang nicht immer wohlfühlt – weshalb? Zwischen 2011 und 2013 hatte ich in der Schweiz den Status eines Asylbewerbers; ich hatte keine Chance, einen Deutschkurs zu besuchen oder etwas Nützliches zu machen ausser zu warten und auf Arabisch über die Entwicklungen des Arabischen Frühlings zu schreiben. Der Westen war für mich das Sehnsuchtsland freier Gedanken und der Aufklärung. Ich merkte bald, dass mein Bild zu stark idealisiert war. Als ich hierherkam, war ich viel unterwegs in linken Kreisen. Und es hat mich schockiert, welche Haltungen ich hier antraf – insbesondere die verteidigende Haltung gegenüber dem politischen Islam. Ich fühlte mich dort schnell unwohl.

Warum das? Ich fühlte mich nicht wie ein ebenbürtiges und eigenverantwortliches Individuum behandelt, sondern wie ein Kind, das ständig Schutz und Hilfe braucht und den Gottesdienst mit seiner Kritik nicht stören darf. In solchen Kreisen wird jegliche Kritik an Flüchtlingen bzw. Migranten tabuisiert. Als ich etwa das Problem muslimischer Asylsuchender thematisierte, die andere wegen ihrer Religion oder sexuellen Ausrichtung belästigen, schenkten mir viele Linke kein Gehör. Laut ihrer Logik darf man solche Probleme nicht publik machen. Wenn man dies tut, wird man zu einem Rassisten, der den Rechten Argumente liefert.

Ich erinnere mich auch, wie ich eines Tages zur Sozialhilfestelle ging und sagte: «Ich bin jung, ich will etwas leisten. Bitte helft mir, einen Job zu finden, auch wenn er ehrenamtlich wäre.» Die Antwort war, ich müsse mir keine Gedanken machen. Ich könne problemlos fünf, sechs, gar acht Jahre Sozialhilfe beziehen.

Wann änderte sich Ihre politische Haltung – vom Linken zum Liberalen? Liberal war ich immer. In Marokko waren das Individuum und seine Rechte im Zentrum meines Engagements. Was aber das Wirtschaftliche betrifft, muss ich ein praktisches Beispiel machen: Die Linke in Europa greift internationale Firmen an. Wir Linke in Marokko freuten uns immer, wenn internationale Unternehmen zu uns kamen – sie gaben vielen Menschen Jobs und Perspektiven. In Marokko herrschen aber andere Verhältnisse. Was wir als Linke damals verlangten, ist für Liberale in Europa heute unbestritten – zum Beispiel ein geregeltes Arbeitsrecht. Die Linke hierzulande ist sehr dogmatisch, Kapitalismus ist ihr Feindbild. Die Linke in der muslimischen Welt ist da viel pragmatischer.

Sie würden also die SP nicht wählen? Nein. Die Linke in Europa ist eigentlich rechts geworden.

Kulturkampf-Begriffe der Rechten – Kulturrelativismus, Identitätspolitik – werden zunehmend übernommen. Zwar verdankt Europa seine Errungenschaften teilweise auch der Linken. Aber auf grosse Herausforderungen der Zukunft hat die Linke für mich als jungen Mann keine passenden Antworten: Digitalisierung; Zusammenleben in einer bewusst liberalen Gesellschaft, die ihre Werte verteidigt; realistische Migrationspolitik, Integration und Wertevermittlung, Toleranz und ihre Grenzen. Da sind echt liberale Lösungen für mich alternativlos.

A propos liberal – fehlt es im Islam an einer aufklärerischen Bewegung? Modernisierung und die islamische Welt sind nicht zwingend ein Widerspruch. In der langen Geschichte des Islam gab es immer die Stimmen, die für philosophische Aufklärung einstanden. Die Frage ist: Wieso haben sich diese reformatorischen Strömungen nicht durchgesetzt? Diese hartnäckige Resistenz gegenüber Modernisierung und Aufklärung liegt nicht zuletzt auch im Islam als Religion selbst, und zwar beim politischen Islam. Unsere Probleme damit sind nicht vom Himmel gefallen. Liberale, säkulare Muslime wie Elham Manea, Ahmed Mansour oder Seyran Ates sehen das, üben Selbstkritik und nennen das Kind beim Namen.

Wie kann der Freisinn diese Debatte unterstützen?

Die FDP als Partei könnte säkulare Muslime unterstützen, indem sie die Debatte zurück in die Mitte der Gesellschaft holt. Wir brauchen einen Ausweg aus der Polarisierung von Links und Rechts, es braucht einen liberalen Pol. Bei allen politischen Fragen – von Burka über radikale Imame bis zum Kopftuch in Schulen und den Handschlag – sollten säkulare Muslime in die Diskussion eingebunden werden. Wenn wir Muslime als ebenbürtige Bürger verstehen und behandeln, verstehen wir auch deren Sorgen und Probleme. Dadurch wird die Kritik am Islam zu einer legitimen schweizerischen Angelegenheit. Anstatt als Gesellschaft zu trennen zwischen «Wir und Sie», sollten wir mit den Muslimen als Bürger unseres Landes reden – durch die Verfassung mit ihren Rechten und Pflichten. Das wäre eine vernünftige Herangehensweise.

Sollten jegliche religiösen Symbole aus Schulen verbannt werden? Ich wünschte mir, dass man hier nicht alles in einen Topf wirft. Es gibt religiöse Symbole. Es gibt aber auch Symbole, die als religiöse Symbole angesehen werden und gleichzeitig Werkzeuge von Sexismus und Unterdrückung sind. Ich persönlich bin prinzipiell gegen ein Kreuz in Schulräumen. Aber ich lehne es ab, ein Kreuz mit einem Kopftuch zu vergleichen – Letzteres ist eine spezifische Diskriminierung des Geschlechts.

Zudem: Das Kind ist sprachlich gesehen ein Neutrum, hat kein Geschlecht. Ein Kopftuch sexual-

«Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit.»

liert das Kind und verhindert eine normale, neutrale Entfaltung des Kindes. Hier stellt sich die Frage, was wir Liberale höher gewichten: die ideologische Überzeugung der Eltern oder das Recht auf freie Entfaltung des Kindes.

Es gibt auch Frauen, die die Burka aus religiöser Überzeugung tragen. Das mag sein. Mit ihnen habe ich aber wenig Mitleid, denn sie grenzen sich selbst aus. Sie unterstützen eine extreme Ideologie. Und es gibt tatsächlich auch die Frauen, die gezwungen werden, solche Burkis zu tragen. Zwar verbietet das Gesetz die Unterdrückung der Frau. Aber in solchen Gemeinschaften sind Frauen das schwächste Glied. Wie soll man von einer unterdrückten Frau erwarten, dass sie sich wehrt, wenn sie nicht über die Mittel zu Selbstemanzipation und Unabhängigkeit verfügt? Frauen und Mädchen, die den Schleier ablegen, werden oft bedroht, angegriffen

und sozial ausgegrenzt. Ich kenne das auch aus persönlicher Erfahrung.

Es besteht in der Schweiz eine grosse Angst vor Parallelgesellschaften. Moscheen und Imame werden zum Teil aus dem Ausland finanziert. Das ist ein grosses Problem. Insbesondere die Finanzierung von Vereinen oder Moscheen durch Staaten, die systematisch die Menschenrechte verletzen oder sogar terroristische Organisationen unterstützen. Darauf sollte die Politik Antworten finden. Aber auch hier: Mit populistischen Lösungen kommen wir nicht weiter, wir müssen gangbare Kompromisse finden.

Mehrere Kantone tendieren in Richtung Anerkennung des Islam. Könnte das ein Weg sein in Richtung Säkularisierung des Islam und gelungener Integration? Unsere Aufgabe als Liberale ist, die individuelle Freiheit zu stärken und nicht das religiöse Kollektiv. Ich denke nicht, dass man einen Menschen durch die Religion integrieren kann oder muss. Viele Muslime und Andersgläubige in diesem Land haben sich mit Eigenverantwortung erfolgreich integriert.

Der Erfolg von Integration hängt weniger von religiösen denn von Werten der europäischen Moderne ab – indem die Religion eine persönliche Sache ist und nicht die sozialen Beziehungen darüber definiert werden. Die Freiheit des Individuums macht Menschen kreativer, die Wissenschaft fortschrittlicher und lässt die Wirtschaft florieren. Das ist unsere «Leitkultur». In einer von liberalen Werten geprägten Gesellschaft sollten wir diese Leitwerte als Gebot für neuankommende Migranten aufstellen. Nur dadurch können sie sich integrieren. Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit. Es gibt auch eine emotionale Integration, eine Identifikation mit diesem Land und seinen Grundrechten und -werten. Wirklich integriert ist, wer die Rechte und Pflichten des Landes nicht nur akzeptiert, sondern auch zu verteidigen bereit ist.

Das Gespräch mit den Individuen soll also über die Verfassung geführt werden und nicht über Religionen. Genau. Von einer Anerkennung des Islam als Religion in der Schweiz wird wohl nur der politische Islam profitieren. Dessen Exponenten versuchen, sich als offizielle Vertreter aller Muslime in der Schweiz zu präsentieren. Es könnte patriarchale Strukturen und Bürokratie sogar verstärken.

Wir brauchen religiösen Gemeinschaften keine Sonderrechte einzuräumen – jeder ist seines Glückes Schmied.



Kacem el Ghazzali



Sozialversicherungsmissbrauch bekämpfen

Ja zum ATSG

Am 25. November stimmen wir über das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ab (ATSG). Damit soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Sozialmissbräuche wirkungsvoll zu bekämpfen. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung eine Chance, Sozialmissbrauch wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherungen zu stärken.

Mit dem ATSG sollen Träger der Sozialversicherungen (insbesondere die IV-Stellen, die Suva und private UVG-Versicherer) unter klaren Vorgaben und bei schwerem Missbrauchsverdacht Versicherte besser überwachen können. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung keine Bedrohung, sondern eine Chance, wirksam gegen Sozialmissbrauch vorzugehen und sicherzustellen, dass die Bevölkerung den Sozialversicherungen weiterhin vertrauen kann.

Es ist gerade mal gut hundert Jahre her, als in der Schweiz heftig über die Einführung einer Unfallversicherung debattiert wurde. Erst im zweiten Anlauf befürwortete das Stimmvolk die Einführung dieser ersten Sozialversicherung in der Schweiz. Heute ist es kaum mehr vorstellbar, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegen Un-

fälle versichert sein sollen. Diese Selbstverständlichkeit darf uns jedoch nicht davon abhalten, zu diesen Errungenschaften Sorge zu tragen. Das Vertrauen in unsere Sozialwerke gilt es zu schützen.

Wirksam Missbräuche aufdecken

Die Versicherten müssen sich darauf verlassen können, im Schadenfall ihre berechnete Leistung zu erhalten. Als Beitragszahlerinnen und -zahler müssen sie ebenso darauf vertrauen können, dass ihre Gelder korrekt eingesetzt werden. Die Sozialversicherer haben dazu den gesetzlichen Auftrag,

Faktencheck: Die Zahlen 2014 bis 2016

Anzahl neuer Fälle/Jahr (Private Versicherer, IV, Suva)	350
Eingesparte Summe/Jahr	80 Mio. CHF
Eingesparte Summe/Fall	340 000 CHF
Bestätigungsquote (Verdacht bestätigt)	65 Prozent

Quelle: Schweizerischer Versicherungsverband

einen Leistungsanspruch sorgfältig abzuklären. Leider gibt es immer wieder Fälle, bei denen festgestellt wird, dass Versicherungsleistungen unberechtigterweise bezogen werden. Drei Viertel dieser Missbrauchsfälle könnten mit wirksamen Massnahmen verhindert werden.

Präventive Wirkung

Eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch wirkt auch präventiv. Zu wissen, dass ein Verdacht konsequent aufgeklärt wird, kann kriminelle Energie eindämmen. Wer eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch will, muss den Versicherern auch die notwendigen Instrumente geben. Deswegen braucht es ein Ja zum neuen Gesetz.

Massvolle Lösung

Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation: Es braucht aber immer einen Anfangsverdacht, der nicht anders geklärt werden kann. Bei einer Überwachung dürfen Sozialdetektive Bild- und Tonaufnahmen nur an frei zugänglichen Orten erstellen. Zudem ist der Einsatz von GPS-Trackern zur Standortbestimmung nur mit einer richterlichen Bewilligung möglich. Der Einsatz von weiteren Möglichkeiten, wie etwa der Einsatz von Richtmikrofonen oder Wanzen, das Eindringen in Computersysteme oder die Überwachung des Fernmeldeverkehrs, sind eine Erfindung der Referendumsführer. Diese Massnahmen bleiben wie bisher den Sozialdetektiven verwehrt.

Insgesamt ermöglicht das ATSG eine konsequente und glaubwürdige Bekämpfung von Sozialmissbrauch. Sagen wir deshalb Ja zum ATSG. Es ist ausgewogen und beruht auf der bewährten Praxis, mit der drei Viertel der Missbrauchsfälle aufgedeckt werden können.

Damian Müller, Ständerat LU

«Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation.»



Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Abstimmung vom 25. November

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Die Bundesverfassung soll, mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechts, einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhalten. Alle bisher getroffenen internationalen Vereinbarungen der Schweiz, welche nicht dem Referendum unterstanden, sollen nur noch unter Vorbehalt gelten. Sollte ein internationaler Vertrag im Widerspruch zur Verfassung stehen, müsste er neuverhandelt oder gekündigt werden. Die Initiative scheitert an den eigenen Widersprüchen.

Auf den ersten Blick klingt die Initiative sympathisch. Wer will nicht mehr Selbstbestimmung? Mit ihrem Titel macht die SBI aber Versprechungen, die unmöglich eingehalten werden können. Sie kann dem Anspruch, der Verfassung gegenüber dem «bösen» Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen, aufgrund mehrerer Unklarheiten und innerer Widersprüche nicht gerecht werden. Der unklar

formulierte Initiativtext lässt bewusst die Frage offen, wann ein Konflikt zwischen Landes- und Völkerrecht vorliegt und welche Behörde dies zu beurteilen hätte. Ungeklärt ist auch, woran sich die Gerichte und rechtanwendenden Behörden halten müssen, wenn ein Völkerrechtsvertrag dem Referendum unterstand und gleichzeitig einer Verfassungsbestimmung widerspricht. Die Initiative ist

damit, entgegen ihrem Namen, überhaupt keine Lösung für den Umgang mit Normenkonflikten.

Nein zu einer widersprüchlichen und radikalen Initiative, die zu Rechtsunsicherheit führt

Hochproblematisch ist zudem die von der Initiative vorgesehene Rückwirkungsklausel, die alle bestehenden völkerrechtlichen Verträge gefährdet. Obwohl sich die Initianten nur an einigen wenigen Abkommen stören, greifen sie pauschal alle bereits abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge an. Das ist radikal – der Kündigungsvorbehalt gegen sämtliche Verträge ist brandgefährlich. Wenn bestehende Verträge nur noch unter Vorbehalt gültig sind, wird ein Zustand von Rechtsunsicherheit geschaffen. Die Initiative erreicht damit genau das Gegenteil dessen, was sie verspricht. Sie führt nicht zu einer Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

Nein zur Isolation

Die Initiative gaukelt vor, dass internationale Verträge einfach und unilateral geändert oder gekündigt werden könnten. Damit wird den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen gestreut. Neuverhandlungen von Verträgen sind ein komplexes Unterfangen und setzen die Zustimmung beider Vertragspartner voraus. Internationale Verträge werden immer von zwei Partnern geschlossen, und zwar freiwillig – wie im privaten Geschäftsleben auch. Ein Handschlag ist ein Handschlag. Verträge, die abgeschlossen werden, werden auch eingehalten. Abmachungen einfach einseitig und willkürlich nicht einzuhalten, geht nicht. Wegen der «Selbstbestimmungs-Initiative» werden Gerichte und Behörden aber zum Vertragsbruch angehalten. So verliert die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit in internationalen Verhandlungen und schwächt ihre Verhandlungsposition. Potenzielle Vertragspartner werden es sich in Zukunft zweimal überlegen, einen Vertrag mit der Schweiz abzuschliessen, da unklar ist, ob sich die Schweiz wirklich daran halten wird. Die Schweiz isoliert sich selbst. Völkerrecht ist entscheidend, damit ein Kleinstaat wie die Schweiz seine Interessen international durchsetzen kann. Wir sind darauf angewiesen, dass Verträge, die wir abschliessen, von unseren Vertragspartnern eingehalten werden. Wir akzeptieren auch nicht, wenn jemand nachher kommt und sagt: «Was wir abgemacht haben, gilt jetzt nicht mehr, weil wir eine Differenz in einem anderen Vertrag haben.» Lassen wir uns also nicht von der «Selbstbestimmungs»-Initiative täuschen. Sagen wir Nein zur rückwirkenden Kündigung internationaler Verträge mit dem Zweihänder.

Philipp Müller, Ständerat AG



Die Schweiz ist unsere Heimat, und sie ist heute ein Erfolgsmodell. Wir Freisinnigen haben die Aufgabe, dieses Erfolgsmodell zu sichern, weiterzuentwickeln und mit Weitsicht sowie Optimismus und Mut in die Zukunft zu tragen. Amélie Evard stellt die Vision der FDP.Die Liberalen vor.

Ich bin der Meinung, dass unsere Politik, unsere Denkweise und unser Handeln nicht von Ängsten bzw. Angstmacherei getrieben werden dürfen. Um auch zukünftig als erfolgreiche und eigenständige Schweiz weiterzukommen, müssen wir bestrebt sein, selbstbewusst und selbstbestimmt, durch zukunftsorientierte und sachgerechte politische Lösungen, unser Land weiterhin gemeinsam zu gestalten und nach vorne zu treiben. Damit dies gelingt, hat die FDP.Die Liberalen eine Vision mit sieben Zielen formuliert, welche Sie auf der FDP-Website im Detail nachlesen können.

«Heisse» Debatten

Sowohl der Sommer wie auch der Herbst 2018 waren in vielerlei Hinsicht hitzig: Nicht nur das zu trockene und warme Wetter sorgten für heisse Diskussionen, sondern auch die Debatten über die «Selbstbestimmungs»-Initiative oder zur AHV-Steuervorlage sind in vollem Gange. Solche Diskussionen zeigen auf, wie wichtig eine übergreifende Zukunftsvision für unser Land ist, um unsere Ziele zu erreichen.

Dazu gehören – ich habe das Klima bereits angesprochen – Überlegungen im Bereich der Umweltpolitik. Eine nachhaltige und effiziente Nut-

zung des Raumes und der natürlichen Ressourcen sind zu gewährleisten. Es wäre aber falsch, dies mit Zwängen und Verboten durchsetzen zu wollen. Viel zielführender ist eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik, welche einen schonungsvollen Umgang mit unserer Umwelt ermöglicht und an die Eigenverantwortung appelliert.

Wohlstand sichern

Ein weiteres Ziel ist die Sicherung unseres Wohlstandes, der heute grösstenteils auf der Exportwirtschaft basiert. Die Schweiz als kleine Nation ist also nur so stark, wie sie auch international als Vertragspartei verlässlich und vernetzt ist. Aussenpolitik und gute Handelsbeziehungen sind daher zentral für die Schweiz. Wir dürfen uns nicht abschotten: Der Zugang zu globalen Märkten muss auch künftig gewährleistet bleiben, damit der wirtschaftliche Austausch über unsere Grenzen hinaus funktioniert. Auch innenpolitisch sind gute, liberale wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unseren Wohlstand unerlässlich: Wir dürfen den Unternehmen keine zusätzlichen Steine in den Weg legen.

Gesellschaft verändert sich

In unserer vielfältigen Gesellschaft wird die altern-

de Bevölkerung zunehmend zum Problem. Damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Zusammenleben reibungslos funktionieren können, sind zukunftstaugliche Lösungen gefragt. Es braucht daher einen nachhaltigen Generationenvertrag und flexible Lösungen der Altersvorsorge wie auch ein effizientes Pflege- und Gesundheitssystem.

Ein weiterer wichtiger Fokus unserer Zukunftsvision sind flexible und der Zeit angepasste Arbeitsmodelle und Arbeitsstrukturen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn über die Frage «Familie oder Karriere?» denke ich als Hochschulabsolventin mit Familienwunsch immer häufiger nach.

Chancen der Digitalisierung

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter und sind sehr mobil. Neue Arbeitsmodelle und -strukturen, wie bspw. Home Office, sollten also verbreitet eingeführt und genutzt werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen wir folglich auch für neue Arbeitsmodelle voll ausnutzen, weiterentwickeln,



Amélie Evard packt an für eine fortschrittliche Schweiz.

um so vom technologischen Fortschritt zu profitieren. Ich bin überzeugt, dass es mehr Flexibilität, klare Rahmenbedingungen und liberale, unbürokratische, wirtschaftsfreundliche Lösungen braucht, damit gerade gut ausgebildete Frauen durch moderne Arbeitsmodelle nicht mehr zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen.

Für unsere liberale Vision und folglich auch für das liberale Erfolgsmodell Schweiz setze ich mich zusammen mit der FDP ein. Lassen Sie es uns zusammen anpacken! Gemeinsam stellen wir sicher, dass unser Land auch für zukünftige Generationen erfolgreich bleibt. Gemeinsam weiterkommen – für eine eigenständige, intelligente und fortschrittliche Schweiz!

Amélie Evard, Vizepräsidentin Stadtrat Nidau und Mentee der FDP Schweiz

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Abstimmungsvorlagen

für den 25. November 2018



Nein

Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»



Nein

Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»



Ja

Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

AGENDA

12. November

Roadshow Winterthur mit BR-Kandidaten

14. November

Roadshow Yverdon mit BR-Kandidaten

16. November

Nomination Bundesratsersatzwahlen

25. November

Eidgenössische Volksabstimmung

5. Dezember

Bundesratsersatzwahlen/Fraktionssessen

26. November bis 14. Dezember

Wintersession

12. Januar 2019

Delegiertenversammlung

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

FAIRPLAY
BITTE!

JA

am 25. November
zur Änderung des
Sozialversicherungsrechts

Sozialversicherungen
vor Missbrauch schützen

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch

FDP

Die Liberalen



NEIN zur "Selbstbestimmungs"-Initiative

**Nein zum Frontalangriff auf
unsere Rechtssicherheit**

Gemeinsam weiterkommen.

25. November 2018
www.fdp.ch